

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: [www.neumayr.cc](http://www.neumayr.cc)

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668  
Email: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de) – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,  
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.  
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6  
ISSN: 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial. . . . .	9
<b>I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015</b>	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach . . . . .	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg . . . . .	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken . . . . .	69
<i>Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer . . . . .	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen . . . . .</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa . . . . .	143

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die  
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen  
zum Ersten Weltkrieg . . . . .* 165

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

Rolf Wortmann, Osnabrück  
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken  
einer problematischen Denkfigur . . . . .* 179

Susanne Güsten, Istanbul  
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen  
in der Südosttürkei . . . . .* 191

Albrecht Weber, Osnabrück  
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus  
rechtlicher Perspektive. . . . .* 201

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 213  
Abbildungsnachweis . . . . . 219



## Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 1. Juli 2015

<i>Boris Pistorius</i>	Innenminister des Landes Niedersachsen
<i>Karin Asboe</i>	Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Vorstandsmitglied von PRO ASYL
<i>Prof. Dr. Jochen Oltmer</i>	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück
<i>Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Martina Blasberg-Kuhnke:* Als Ende 2014 die Entscheidung für Osnabrück fiel, das ehemalige Klinikum am Natruper Holz als Ort der neuen und dringend gebrauchten Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge vorzusehen, in das am Ende 600 Menschen einziehen sollen, war dies für die Osnabrücker Friedensgespräche ein besonderer Impuls. Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen aus Afrika, Syrien und vielen Konfliktherden weltweit, die Bilder tausender Asylsuchender vor den Küsten Europas, die Meldungen und Bilder von Hunderten und Tausenden, die auf der Flucht im Mittelmeer ertranken, im Stich gelassen durch die Einschränkung der Seenotrettung ›Mare Nostrum‹ – all dies und vieles mehr hätte in jedem Fall Thema eines Osnabrücker Friedensgesprächs sein müssen. Hier aber geht es auch um eine Herzensangelegenheit, viel mehr als bloße Emotionalität, nämlich in dem Sinne, wie dies in vielen der Sprachen der Flüchtlinge selbst auch verstanden wird. Herz, das ist der Ort von Verstand *und* Gefühl. In diesem Sinne ist auch in der hebräischen Bibel, dem Alten Testament der Christen, vom Herzen die Rede. Im Buch Exodus, der großen Menschheitserzählung über Flucht, heißt es: »Einen Fremden sollst Du nicht bedrängen und nicht quälen, seid Ihr doch selbst Fremde gewesen im Land Ägypten.« Und im Buch Levitikus wird diese Mahnung ergänzt um: »Wie ein Einheimischer soll Euch der Fremde gelten, der bei Euch

lebt, und Du sollst ihn lieben wie Dich selbst, denn Ihr seid selbst Fremde gewesen im Land Ägypten«.

Der Umgang mit notleidenden Flüchtlingen wird hier zum Ernstfall der Nächstenliebe, und diese ist zuerst und zuletzt Fremdenliebe. Davon ist Europa in seinem Umgang mit Flüchtlingen weit entfernt. Dabei wird auf diese Tradition – die des sogenannten christlichen Abendlands – doch so gern, und hoffentlich nicht nur in Sonntagsreden, von Politikern und von Kanzeln abgehoben. Wer sich auf das christliche Abendland beruft, bezieht sich auf diese Tradition, mit Verstand und Mitgefühl vor dem Flüchtlingselend weltweit nicht die Augen zu verschließen und eine Willkommenskultur hier vor Ort in Osnabrück und Umgebung zu entwickeln.

Mit unserem Friedensgespräch reihen wir uns ein in eine Fülle an Initiativen, die geflüchteten Menschen hier in Osnabrück willkommen zu heißen. Zugleich macht dieses Gespräch darauf aufmerksam, dass eine Willkommenskultur nur vor Ort nicht ausreichen kann. Es geht auch um die Asylgesetzgebung, deren Verschärfung bevorsteht. Maßnahmen wie die Anordnung von Abschiebehaft, Einreise- und Aufenthaltsverbote sowie eine schnellere Durchführung von Abschiebungen sind Themen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Unsere Gesprächspartner, die wir nun um erste Statements bitten, stehen an unterschiedlicher Stelle dafür, die epochale Herausforderung der Flucht von weltweit fast 60 Millionen Menschen für Europa und die Bundesrepublik Deutschland anzunehmen.

*Boris Pistorius:* Über dieses Thema spreche ich im Rahmen eines Osnabrücker Friedensgesprächs zum ersten Mal, aber wer seit meinem Amtsantritt als Niedersächsischer Innenminister verfolgt hat, wie und wo ich mich dazu geäußert und verhalten habe, wird wissen, für welche Flüchtlingspolitik ich stehe. Das mag jeder aus der eigenen Perspektive selbst beurteilen, aber ich weiß, wofür ich stehe, und ich vertrete meine Position aus Überzeugung. Meine Heimatstadt Osnabrück ist auch dreieinhalb Jahrhunderte nach dem Westfälischen Friedensschluss eine durch ihre gelebte Kultur geprägte Friedensstadt. Die Stadt steht für Vielfalt und gelebte aktive Integration. Viele Menschen leisten hier wichtige Beiträge dazu, dass Integration gelingt, und eine Integration, zu der beide Seiten bereit sind und aktiv beitragen, gelingt hier vorbildlich. Dieses über Jahrzehnte gelebte Miteinander lässt keinen Raum für Vorurteile und für Populisten.

Der Blick in die Welt zeigt uns auf grausame, schmerzliche Art und Weise: Immer mehr Regionen haben sich in den letzten Jahren zu Kriegs- und Krisengebieten entwickelt. Weltweit sind innerhalb und außerhalb ihrer Heimatländer annähernd 60 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Lage in den Herkunft-

ländern der Flüchtenden ist dramatisch. Man denke nur an die Kriegsgebiete in Syrien oder im Irak. Dort werden Menschen verfolgt und müssen um ihr Leben fürchten, weil sie politische oder religiöse Überzeugungen haben, die ihren Verfolgern nicht ins Weltbild passen. Das sollte uns Europäer gelegentlich daran erinnern, dass wir in der politischen Diskussion immer den Grundrespekt vor der Meinung anderer wahren sollten.

Das alles geht uns an, es lässt uns nicht kalt, was viele Menschen in ihrer Heimat über sich ergehen lassen müssen. Von *Erich Maria Remarque* stammt der Satz: »Humanität ist für mich die Frage des 20. Jahrhunderts«. Das ist nun erst recht die Frage des 21. Jahrhunderts, und wir haben die große Verantwortung, dieser Herausforderung gerecht zu werden, und zwar gemeinsam. Schließlich kommt die Entwicklung nun bei uns an. Die Asylbewerberzahlen sind so hoch wie schon lange nicht, und der Zeitpunkt rückt näher, zu dem sie so hoch sein werden wie noch nie. Derzeit werden für dieses Jahr bundesweit 400.000 Erstanträge erwartet. Manche Szenarien sprechen von 500-, 600- oder 700.000 Anträgen. Dann kommen Ratschläge wie der, einfach die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, damit die Menschen nicht fliehen müssen. Diese Forderung ist völlig richtig! Sie ist aber auch gleichzeitig Beweis für das Versagen der westlichen Welt in den letzten 60 Jahren. Es muss natürlich darum gehen, Lösungsstrategien zu entwickeln, damit die Menschen im Irak, in Syrien und anderswo frei und sicher leben können, damit sie nicht aus Not und Verzweiflung alles hinter sich lassen und sich auf teils lebensgefährliche, todbringende Reisen begeben. Nur auf diesem Weg gehen wir an die Wurzel der Probleme.

Das wird allerdings nicht von heute auf morgen wirksam sein. Überdies reden wir hier über eine gesamteuropäische, wenn nicht globale Aufgabe, also nichts, was ein einzelner Staat, ein Bundesland oder gar eine Kommune würde bewältigen können. Diesen entscheidenden Punkt beklage ich seit zwei Jahren lautstark: Es fehlt die notwendige Bereitschaft zur Solidarität innerhalb Europas, sich dieses Problems anzunehmen. Es wird verschoben, es wird dilettiert und so getan, als könne man das Problem damit lösen, dass man es lange genug ignoriert und Geld in Abwehrmechanismen steckt, auf dem Mittelmeer und an den Grenzen auf dem Balkan. Das aber wird nicht funktionieren! Einen Kontinent abzuschotten, wird nicht möglich sein. Die Menschen machen sich weiterhin auf den Weg. Sie fliehen, koste es, was es wolle, und sei es ihr Leben. Es ist also zutiefst beschämend, wenn Stimmen aus Polen zu hören sind, die erklären, man wolle nur syrische Flüchtlinge christlichen Glaubens aufnehmen. Das ist eine Schande für ein Europa im 21. Jahrhundert.

Als Innenminister habe ich mich von Anfang an für eine angemessene Willkommenskultur eingesetzt. Einer der prägendsten Momente in meiner noch kurzen Amtszeit war, als ich im Oktober 2013 am Flughafen Hannover-Langenhagen die ersten syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge empfangen habe. Die Gespräche, die ich in dieser ersten Stunde mit Hilfe von Dolmetschern oder mit den zum Teil hervorragend Englisch sprechenden Flüchtlingen führen konnte, haben mich mehr sensibilisiert für die Fragen, um die es wirklich geht, als alles, was ich vorher wusste und gelesen hatte. Wir hörten von Schicksalen und Katastrophen, wie wir sie uns in unserem satten Europa überhaupt nicht vorstellen können. Diese Menschen hatten bereits zwei Jahre in Flüchtlingslagern gelebt, unter teils erbärmlichen Verhältnissen, weil die Aufnahmeländer nicht mehr leisten können. Im Libanon gibt es zusätzlich zu den vier Millionen Einwohnern Flüchtlingslager für eine Million Syrer. Ähnlich ist die Situation in Jordanien und in der Türkei, bei anderen Größenverhältnissen.

Den angekommenen Flüchtlingen war zum einen noch das Gefühl des Unglaubens anzumerken, nun tatsächlich in Sicherheit zu sein, der Unglaube, ob man wirklich die nächste Nacht friedlich wird schlafen können, ohne Angst um die Kinder, die Frau oder die Eltern. Zum andern war den Augen dieser Menschen der Optimismus anzusehen, den man hat, wenn man weiß: Ich habe es jetzt doch geschafft, ich kann durchstarten und eine neue Existenz aufbauen.

Ein sehr wichtiger Ansatzpunkt ist dabei, auch in Niedersachsen, die Arbeit in den Landesaufnahmebehörden. Da kommen die Menschen an, da müssen sie ankommen, da müssen wir uns um sie kümmern und ihnen das notwendige Rüstzeug geben. Man kann darüber streiten, ob die Unterbringung menschenwürdig ist oder nicht. Aber ein Vergleich mit Griechenland oder Italien verbietet sich; dort sind die Zustände zum Teil unerträglich. Aber unsere Kapazitäten reichen derzeit nicht aus. Bei Regierungsantritt hatten wir 1.700 Plätze. Heute, zweieinhalb Jahre später, haben wir fast 5.000, aber es reicht hinten und vorne nicht, denn es kommen weiterhin viele Menschen.

In Osnabrück haben wir es zusammen mit dem Oberbürgermeister geschafft, innerhalb von wenigen Wochen eine neue Aufnahmeeinrichtung an den Start zu bringen. Das habe ich seitdem nirgendwo wieder erlebt. Überall, wo ich heute versuche, solche Einrichtungen zu errichten, Gebäude umzubauen oder in Betrieb zu nehmen, steht auf der einen Seite die öffentliche Erklärung der Verantwortlichen: Herzlich willkommen, das machen wir gerne. Auf der anderen Seite kommen aber Bundestagsabgeordnete, die erklären: Der ins Auge gefasste Ortsteil sei doch so lebenswürdig, dazu passe doch keine solche Einrichtung. Oder es gibt Landräte,

verantwortliche Bauamtsleiter, die baurechtliche Probleme anführen, die man frühestens in einem Jahr lösen könne. Ob nun absichtsvoll oder aus Dilettantismus: Versuche, die Dinge zu verzögern und uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sind allgegenwärtig. Ich kann dagegen zum Glück auf Osnabrück verweisen, wo es funktioniert, auch weil man den entsprechenden Boden dafür vorher bereitet hat.

Wenn wir es nicht schaffen, einen Konsens in der Gesellschaft darüber herzustellen, was wir leisten können und was wir leisten wollen, bekommen wir eine politische Polarisierung, die niemand wünschen kann. Darum müssen wir dafür sorgen, dass nicht politisch und verbal aufgerüstet wird. Aus einigen Bundesländern hören wir Übles über den Umgang mit Flüchtlingen. In Niedersachsen haben wir nach wie vor ein anderes Klima. Zwar gibt es auch hier Fremdenfeindlichkeit, und es sind Übergriffe zu beklagen, aber das ist nicht mit dem vergleichbar, was andernorts passiert. Wir verzeichnen eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft überall im Land. Wir werden aber nicht allen die gleiche Hilfe angedeihen lassen können. Ich verabscheue Äußerungen wie ›Asylmissbrauch‹ und ›Wirtschaftsflüchtlinge‹, aber unter den 40.000 in Niedersachsen erwarteten Zuwanderern rechnen wir mit rund 18.000 Menschen aus Ländern des Balkan. Schlechte Perspektiven, schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Korruption sind auch für diese Menschen gute Gründe, dort wegzugehen. Aber nach unserer Rechtsordnung haben sie keinen Anspruch auf Asyl, denn sie sind in der Regel nicht politisch verfolgt.

Wir müssen die Probleme ernst nehmen, aber dem Eindruck entgegenzutreten, als könnten alle Probleme dieser Welt in Deutschland gelöst werden. Wir müssen uns zuallererst um die kümmern, die vor Bürgerkrieg, Tod, Folter und Verfolgung fliehen. Darüber hinaus müssen wir etwas für diejenigen tun, die aus ihren Ländern weggehen, weil sie sich woanders eine Existenz aufbauen wollen, weil sie mit ihrer Hände Arbeit hier etwas schaffen wollen. Das sind unterschiedliche Problembereiche der Zuwanderung, die allzu oft in einen Topf geworfen werden. Wir müssen die Diskussion ruhig und sachlich führen und die Dinge so benennen, wie sie sind. Tabuisierung und Verklärung helfen in dieser Frage nicht und befeuern den Populismus am rechten Rand. Und das ist das Letzte, was wir im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens in diesem Land brauchen.

*Karin Asboe:* Meine derzeitige Tätigkeit in der Flüchtlingsarbeit, die von der Evangelischen Kirche, der Diakonie und dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt wird, besteht unter anderem in der Begleitung der Beratungsstellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen in NRW, den sogenannten Verfahrensberatungsstellen. Berichten möchte ich

aber zunächst von einer Reise nach Griechenland und Italien, an der ich im Juni 2014 teilgenommen habe, organisiert von den evangelischen Kirchen des Rheinlands und Westfalens. Dazu waren Abgeordnete aller Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag eingeladen. Aufgeteilt in zwei Gruppen, besuchte eine Gruppe Lampedusa und Sizilien, die andere Gruppe, zu der ich gehörte, war in Athen und auf Lesbos. Anschließend trafen sich alle Teilnehmer in Rom. In Athen gab es die Gelegenheit zu Gesprächen mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und mit einer Vertreterin des

Ministeriums für Migration. Auf Lesbos besuchten wir eine Aufnahmeeinrichtung und sprachen mit der Polizei, der Küstenwache, einem Priester, dem Bürgermeister und in Athen auch mit dem Erzbischof. Sehr beeindruckend war, als wir in Mytilini auf Lesbos ankamen und in das Hotel einzogen, der traumhaft



Boris Pistorius

schöne Sonnenuntergang: Hotel am Hafen, schöner Ausblick, Dämmerung. Später trafen wir uns noch mit Aktivisten, die dort versuchen, Flüchtlinge zu unterstützen. Wir gingen am Hafen entlang und sahen, dass hinter einem Zaun, der das Gelände der Polizei abtrennt, Hunderte von Flüchtlingen auf dem nackten Boden, auf Pappe lagerten. Frauen und Kinder sahen wir kaum. Sie werden in den wenigen Zelten geschlafen haben. Flüchtlinge lagen also auf der einen Seite des Zauns, über den sie auch Kleidung gehängt hatten, und auf der anderen Seite waren die Bars. Das war eine friedliche, leise und sehr beklemmende Koexistenz.

Am nächsten Morgen standen diese Flüchtlinge am Hafen in einer Schlange. Sie müssen sich bei der Polizei melden, um nicht länger als illegal zu gelten. Dort bekommen sie ein erstes Papier, dann werden sie in die Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht. Erst dort werden sie versorgt, bekommen etwas zu essen und vielleicht ein Bett. Aber diese Einrichtung ist ein Hochsicherheitstrakt, zehn Container mit jeweils zwanzig Plätzen, in

denen aber 500 Flüchtlinge lebten. Absurderweise müssen die Asylsuchenden darauf warten, in diesen Hochsicherheitstrakt zu kommen, weil nur dort die Erfassung läuft, durch die sie dann an ein Ausweispapier kommen, mit dem sie halb legal – geduldet – die Insel verlassen und nach Athen reisen können, um dort zu versuchen, einen Asylantrag zu stellen oder weiterzukommen. Die Versorgung der Flüchtlinge war zum Zeitpunkt unseres Besuches keineswegs gesichert. Die Polizei hatte einen Cateringunternehmer beauftragt, hatte aber bereits 150.000 Euro Schulden



Karin Asboe

bei ihm. Ich frage mich, wie es jetzt dort aussehen mag.

Im Umkreis des Lagers hielten sich viele weitere Flüchtlinge auf. Deshalb hatte der Bürgermeister ein Gelände mit Zelten bestücken lassen, ein fast offenes Gelände, in dem weitere

1.200 Flüchtlinge lebten. Uns wurde berichtet, dass die meisten Flüchtlinge von der türkischen Küste gegenüber von Lesbos ankommen. Dann müssen sie einen sehr riskanten Weg auf sich nehmen, um überhaupt zur Polizei zu kommen, wo die Erfassung erfolgt. Dieser Weg ist lang, zu Fuß braucht man ungefähr zwei Tage. Währenddessen sind die Flüchtlinge illegal, und es ist jedem verboten, ob Bus- oder Taxifahrer oder Tourist, die Flüchtlinge mitzunehmen. Viele der Menschen sind geschwächt, krank, alt oder schwanger. Die Straße ist nicht befestigt, die Autos rasen. Beeindruckend war für mich die Anteilnahme und Empathie der Inselbevölkerung für die Flüchtlinge, die zu 90% aus Syrien, Eritrea, Afghanistan, Somalia kommen. Hoteliers, die jetzt im Sommer ihre Hotels für den Tourismus öffnen mussten, weil das ihre Lebensgrundlage ist, hatten im Winter dort Flüchtlinge beherbergt. Viele Einheimische versuchen, mit Nahrung, Transport und jedweder Hilfe die Flüchtlinge zu unterstützen, und das bei einer Bevölkerung, die deutlich ärmer ist als die meisten unter uns.

Die Flüchtlinge kommen aus der Türkei, oft auch aus dem Libanon und aus Jordanien und versuchen, europäischen Boden zu erreichen. Viele glauben, sie hätten es geschafft, wenn sie in einem europäischen Land angekommen sind. Mitglieder der Delegation, die Lampedusa besucht hatte, berichteten, dass es sie sehr berührt habe zu sehen, wie einzelne Flüchtlinge den europäischen Boden küssten, ohne zu ahnen, was ihnen in Europa bevorsteht. Die Flüchtlinge sind ja nicht am Ende ihres Leidensweges, wenn sie in Griechenland sind, denn dann gilt es, aus Griechenland wieder wegzukommen. Griechenland verzeichnete in diesem Jahr bereits sechsmal so viele Flüchtlinge wie im Vorjahr.

*Heribert Prantl* hat die Haltung der EU zum Thema Flüchtlinge in der *Süddeutschen Zeitung* vom 25. Juni 2015 in einer fiktiven Erklärung europäischer Staats- und Regierungschefs so skizziert:

»Mit Sorge und Besorgnis registrieren wir die dramatische Lage der Flüchtlinge, die sich auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa machen. Wir sehen mit Bestürzung die Not dieser Menschen. Die Staaten der EU sind bereit zu helfen, aber diese Hilfe darf die Aufnahmekapazitäten der EU-Staaten nicht übersteigen. Wenn das Asylrecht, wie gegenwärtig, im Übermaß in Anspruch genommen wird, leidet darunter die Aufnahmebereitschaft der europäischen Völker. Die Staaten der EU können Asyl nur im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten verantworten. Wir appellieren deshalb an die Selbstverantwortung der Flüchtlinge. Sie mögen sich nicht länger in unmäßige Gefahr begeben. Wer sich aufs Meer begibt, kommt drin um.«

23.000 Tote wurden da bereits gezählt. – Prantl fährt fort:

»Die EU wird in den kommenden Jahren noch intensiv über Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge verhandeln. Diese Verhandlungen können nicht überstürzt werden, weil die Stabilität in den EU-Ländern nicht gefährdet werden darf. Die EU rät daher den Flüchtlingen, diese Verhandlungen zuversichtlich abzuwarten. Die EU wird alles tun, um sich in absehbarer Zukunft als Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit zu erweisen. Bis es so weit ist, bitten wir die Flüchtlinge, Ruhe zu bewahren und sich zum Beispiel im Libanon einzurichten, wie das schon zwei Millionen Flüchtlinge gemacht haben.«

Eingedenk der Bilder, die mir nach der Griechenlandreise noch sehr präsent sind, frage ich, was passiert, wenn dieses Land kein Geld mehr hat? Ich denke, wir müssen gegenüber Griechenland und Italien kreativer sein,

auch in partnerschaftlicher Hilfe, in jeder Form: indem Flüchtlinge hier aufgenommen werden; dass diejenigen, die einmal hier sind, kein langes Asylverfahren mehr durchlaufen müssen und eine hohe Anerkennungsquote haben. Wir müssen auf staatlicher, aber auch auf nichtstaatlicher Ebene Partnerschaften finden, um die Hilfsbereitschaft, die in Griechenland wie in Italien herrscht, mit unseren Möglichkeiten unterstützen.

*Jochen Oltmer:* Für die globale Flüchtlingssituation und die Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa ist erstaunlicherweise immer noch eine sehr starke *ad-hoc*-Thematisierung festzustellen. Immer wenn ein spezifisches Ereignis, eine Katastrophe, eine neue Zahl, eine neue politische Entscheidung



Jochen Oltmer

bekannt wird, wird für ein paar Tage intensiv über unser Thema gesprochen, aber in der Regel endet diese Diskussion schon kurz darauf. Eine tatsächlich nachhaltige Diskussion des Themas findet bisher nicht statt. Auffällig ist auch, dass in der Regel über *Instrumente*, über Werkzeuge, ge-

sprochen wird, dass aber weder national noch auf europäischer Ebene konkret formuliert wird, was die *Ziele* von Flüchtlings- und Aufnahme politik sind, welche Überlegungen mit der Aufnahme von Schutzsuchenden überhaupt verbunden sind. Darüber hinaus fällt auf, dass die jetzt geführten Debatten zu einem großen Teil geschichtsblind und raumvergessen sind. Geschichtsblind, weil kaum ein Rückbezug auf das stattfindet, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Zusammenhang von globalen Fluchtbewegungen, von Aufnahme in Europa, in Deutschland erlebt haben. Raumvergessen meint: Die Debatte ist zentriert auf Deutschland, auf deutsche Probleme, auf Herausforderungen für und in Deutschland. Gelegentlich kommt zwar die europäische Ebene zur Sprache, dann aber meist mit der Perspektive, die Leistungen anderer Staaten im Kontext von Migration abzuqualifizieren, nach dem Motto: Wir, sprich Deutsch-

land, haben doch die meisten Zuwanderer aufgenommen und kümmern uns am besten um sie. Hier muss aber die globale Perspektive viel stärker berücksichtigt werden als bisher.

Wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, wird in der Debatte darüber meist schnell auf die Rechtslage Bezug genommen, insbesondere auf das bestehende Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Hinzu kommen aber viele gesetzliche Regelungen, die man zusammenfassend als Migrationsrecht bezeichnen kann. Die Staaten können mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Zuwanderern entscheiden – auch die Bundesrepublik hat das getan –, und daher ist über weit mehr zu sprechen als nur über asylrechtliche Regelungen. In den letzten Jahrzehnten gab es immer wieder Diskussionsprozesse um die Aufnahme einzelner Flüchtlingsgruppen. Das Maß der Bereitschaft, solche Aufnahmen dann tatsächlich durchzuführen, war stets Ergebnis eines spezifischen Diskussions- und Aushandlungsprozesses. Dabei haben sowohl die Zivilgesellschaft, und zwar von Beginn der Geschichte der Bundesrepublik an, als auch die Medien eine ganz zentrale Rolle gespielt.

So wurde die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR ab 1951 in »Notaufnahmeverfahren« geregelt, wurden Zuwanderer aus Ungarn nach dem Putsch 1956 aufgenommen, aus Algerien während der späten 1950er bzw. frühen 1960er Jahre. Zuwanderer aus Griechenland wurden aufgenommen nach dem Militärputsch 1967, aus der Tschechoslowakei im Jahr 1968, aus Chile 1973. Südostasiatische *boat people* kamen während der späten 1970er und frühen 1980er Jahre. Zuwanderer aus Jugoslawien kamen nach Öffnung des »Eisernen Vorhangs« und während der dortigen Kriege in den frühen 1990er Jahren.

Bei jeder dieser Gelegenheiten kamen neue Diskussionen über die Frage auf: Wer ist denn überhaupt ein »Flüchtling«? Und was ist eigentlich das Kriterium dafür, Menschen aufzunehmen? Wie und unter welchen Umständen soll ganz konkret eine Aufnahme erfolgen? Dabei haben sich keine Regeln oder Routinen herausgebildet, sondern es gab stets neue Diskussionen, und jedes Mal wurde es fraglich, wie die Zivilgesellschaft auf die jeweiligen Herausforderungen reagiert. Im Kontext von Ungarn 1956 oder der Aufnahme von *boat people* Ende der 1970er Jahre haben zivilgesellschaftliche Initiativen die Politik vor sich hergetrieben und am Ende dafür gesorgt, dass von staatlicher Seite für die notwendige Aufnahmebereitschaft gesorgt wurde, obgleich zunächst auf politischer Ebene gefordert worden war, nichts, aber auch gar nichts im Blick auf die Aufnahme von Flüchtlingen zuzulassen.



Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland 1953-2014

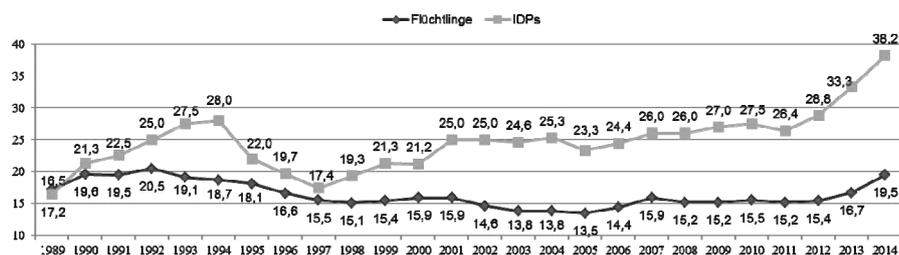
Zu Beginn der 1990er Jahre gab es einen starken Anstieg der Zahl von Aufnahmen und von Asylanträgen. Die Zahl der Zuzüge in die Bundesrepublik Deutschland 2013 (das ist die aktuellste verfügbare Zahl) zeigt nun, dass die Welt keineswegs vor der deutschen Tür steht, auch nicht hereingelassen worden ist, und dass der ›Exportweltmeister‹ Deutschland im Hinblick auf Migration nur wenig globalisiert ist: Fast 80% aller festgestellten Zuzüge sind europäische Bewegungen. Menschen aus Afrika machen gerade einmal 4% der Zuwanderung bei uns aus. Diese Größenordnungen sollte man mitbedenken bei der Interpretation globaler Flüchtlingszahlen.

	2013			2014		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Europa	941.379	609.289	332.090	1.081.155	713.242	367.913
Afrika	53.393	22.893	30.500	75.313	27.435	47.878
Amerika	63.905	58.020	5.885	67.799	60.698	7.101
Asien	154.424	84.506	69.918	224.889	90.135	134.754
Australien/ Ozeanien	7.344	7.371	-27	7.393	7.828	-335
Gesamt	1.226.496	789.193	437.303	1.464.724	914.241	550.483

Zu- und Fortzüge, Deutschland 2013-2014

Von Flüchtlingen, also Menschen, die Staatsgrenzen überschreiten, zu unterscheiden ist die zahlenmäßig bedeutend größere Gruppe binnenver-

triebener Menschen, sogenannter *internally displaced persons* (IDPs), die innerhalb eines Staates ausweichen.



Flüchtlinge weltweit, 1989-2014

Im Jahr 2014 ist nun tatsächlich die Zahl der von der UN registrierten Flüchtlinge besonders stark angestiegen. Tatsächlich finden sich aber 86% der registrierten Flüchtlinge bzw. Binnenvertriebenen in den Staaten des globalen Südens, in den sogenannten Entwicklungsländern. Europa hat in den vergangenen Jahren – relativ gesehen – in diesem Kontext sogar einen Bedeutungsverlust erlebt, denn 2003 waren noch 30% aller Flüchtlinge im globalen Norden, in den entwickelten Ländern zu finden. Heute sind es nur mehr 14%. Europa ist also nur marginal betroffen, was Flüchtlingsbewegungen und Flüchtlingsaufnahme angeht.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, eine breite Debatte darüber zu führen, welchen Zielen wir im Hinblick auf Asylpolitik, Flüchtlingsaufnahme und Migrationspolitik folgen wollen. Wir sollten hier nicht nur auf die Politik schauen, sondern uns alle daran beteiligen. Politik hat hier vor allem eine Moderatorenrolle und keineswegs die Funktion, uns am Ende vorzugeben, welche Flüchtlingspolitik auf europäischer oder bundesrepublikanischer Ebene verfolgt werden soll.

Ich möchte daran erinnern, dass die asylrechtlichen ›Dublin-Regelungen insbesondere Anfang der 1990er Jahre von bundesdeutscher Seite gewollt waren und entwickelt wurden. Wenn sie heute nicht mehr funktionieren, muss die Bundesrepublik, die für die Einführung dieser Regelungen verantwortlich war, auch für die Reform dieser Regelungen Verantwortung übernehmen.

Oft wird diese Zuständigkeit der sogenannten ›internationalen Staatengemeinschaft‹ zugeschrieben, was aber völlig in die Irre geht. Beim Thema Migration agiert keine internationale Staatengemeinschaft, sondern es gibt sehr viele Staaten und Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Interessen. Diese Interessen laufen zu einem sehr guten Teil konträr.

Die vermeintliche Brisanz der neuen Erstaufnahmeeinrichtung in Osnabrück kann man vielleicht etwas gelassener nehmen, wenn man weiß, dass das größte Flüchtlingslager weltweit, das Lager Dadaab in Kenia, wo vor allem somalische Flüchtlinge aufgenommen werden, 340.000 Bewohner hat – ein Lager, doppelt so groß wie unsere Stadt.

*Martina Blasberg-Kuhnke:* Wir haben zu Anfang ein leidenschaftliches Plädoyer für die Willkommenskultur vor Ort, in Osnabrück gehört. Wie verhalten sich die in jeder Hinsicht anerkennenswerten Bemühungen vor Ort zu den Erfahrungen, die Sie, Frau Asboe, schildern, zu den Bars auf der einen Seite und den auf Kartons lagernden Flüchtlingen auf der anderen Seite? So lässt sich ja auch unsere Situation beschreiben. Auch wir sind in unserem Alltag weitgehend geschützt vor der Konfrontation mit der Flüchtlingsnot. Was bedeutet das für uns, die wir hier in Osnabrück an dieser Willkommenskultur arbeiten? Wie müssen wir die Verhältnisse auf den verschiedenen Ebenen – vor Ort, regional, in Niedersachsen und den anderen Bundesländern, die durchaus unterschiedlich agieren, schließlich in den Ländern Europas und der EU und dann global – wahrnehmen, um das, was wir tun, nicht blauäugig zu tun?

*Jochen Oltmer:* Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, mit welchen Dimensionen wir es weltweit zu tun haben. Es ist offenkundig so, dass viele der gebotenen Maßnahmen hier vor Ort in der Bundesrepublik oder in Niedersachsen ergriffen werden müssen. Dabei spielt die Zivilgesellschaft eine große Rolle. Aber auch darüber hinaus muss sehr viel geschehen, und hier kommen Institutionen wie der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen in den Blick. Die Arbeit des UNHCR wird zwar immer wieder kritisiert, aber es ist eine der wenigen Institutionen, die tatsächlich weltweit in der Nothilfe für Flüchtlinge tätig sind. Sie wird ständig von vielen Staaten angefordert, weil diese Staaten – tatsächlich oder vorgeblich – nicht in der Lage sind, Unterstützung in Krisensituationen zu leisten. Der UNHCR am Stammsitz des Hochkommissars in New York erhält Finanzmittel für sein festes Personal. Aber für die Nothilfe weltweit in den Flüchtlingslagern und anderswo gibt es keine Unterstützung. Hierfür ist der UNHCR auf Spenden angewiesen, und zwar schon seit mehr als 60 Jahren. Das heißt, es treten immer wieder sehr prekäre Situationen ein, und immer wieder muss diese Institution um Geld betteln – ohne jede Chance, längerfristig Perspektiven zu entwickeln. Dies ist eines der Probleme, unter denen jede Flüchtlingsnothilfe leidet.

Natürlich geht es auch darum, die Verhältnisse in unserer Stadt zu betrachten. Aber richtig ist auch: Der größte Teil der weltweiten Bewegung

von Flüchtlingen findet außerhalb Europas statt, tatsächlich auch in den allerärmsten Ländern, die am meisten davon betroffen sind.

*Martina Blasberg-Kuhnke:* Herr Pistorius, wie sehen Sie Ihre Arbeit eingebettet in diesen größeren Kontext?

*Boris Pistorius:* Meinungsumfragen zeigen, dass die Stimmung in den Regionen Deutschlands gegenüber der Zuwanderung nach wie vor sehr viel positiver ist als vor 20 Jahren. Allerdings haben wir leider zunehmend Regionen, in denen sich Fremdenfeindlichkeit unterschwellig wieder breit macht, oder auch offen z.B. dadurch, dass Brandsätze geworfen werden auf im Bau befindliche Unterkünfte. Osnabrück gibt aus meiner Sicht ein gutes Beispiel dafür, dass die Aufnahme funktioniert. Und solche Beispiele gibt es tatsächlich sehr viele. Die dürfen wir nicht kleinreden, aber auch nicht überhöhen. Damit werden weder die globalen Probleme gelöst, noch die europäische Solidarität insgesamt verwirklicht.

Was die globalen Flüchtlingsbewegungen und die Flüchtlingsunterkünfte in der Dritten Welt betrifft, so sprechen wir dabei über die Folgen einer katastrophalen Entwicklung der Nachkriegsgeschichte. Diese Ursachen sind nun nicht im gleichen Zeitraum aus der Welt zu schaffen, sicherlich jedenfalls nicht auf Landesebene. Dabei ist der Begriff ›Zuwanderung‹ mindestens ebenso diffus wie der Begriff der ›Flüchtlinge‹. Wir verzeichnen Zuwanderung aus dem europäischen Raum, aus den EU-Mitgliedstaaten, der uns in diesem Sinne gar nicht interessiert. Das ist ein Kommen und Gehen, davon lebt Europa, das ist mittlerweile selbstverständlich. Darüber hinaus aber bekommen wir jetzt eine große Gruppe von Flüchtlingen, die aus unterschiedlichen Ländern und aus verschiedenen Gründen kommen. Und sie kommen zu uns, auf direktem oder indirektem Wege. Griechenland ist schon seit Langem damit überfordert, deshalb wird niemand dorthin zurück überstellt. Italien hat eine Sondersituation durch die Lage von Lampedusa und die Nähe zu Libyen. Griechenland und Italien weisen eine weitere Gemeinsamkeit auf: Es gibt dort keine Sozialhilfe wie bei uns, mit der Folge, dass die Regierungen innenpolitisch ein großes Problem damit haben, Asylbewerbern, die über das Mittelmeer kommen, Sozialhilfe zu zahlen, einen Lebensunterhalt zu gewähren, der nicht einmal den eigenen Bedürftigen gewährt wird.

Was tun wir in dieser Situation? Ich persönlich bin ein großer Unterstützer des Traums, dass jeder Mensch überall hingehen können soll, wo er will. Ja, aber dann muss er auch für seinen Lebensunterhalt aufkommen können. Denn wir müssen auch darüber reden, was wir unserer Gesellschaft am Ende zumuten. Was passiert eigentlich, wenn die Zahl der

Zuwanderer langfristig nicht zurückgeht? Es ist zu befürchten, dass AfD und andere versuchen werden, dies für ihre Politik zu instrumentalisieren. Deshalb müssen wir uns um Akzeptanz in der Bevölkerung bemühen, und das beginnt vor Ort. Dafür braucht es die guten Beispiele, die Unterstützung der Politik, aber es ist auch die Erkenntnis vonnöten, dass wir nicht alles sofort leisten können.

Richtig ist ja, dass wir hier eine ad-hoc-Diskussion führen. Denn in Niedersachsen sind unter der vorigen Landesregierung noch bis 2012 die Kapazitäten in den Aufnahmeeinrichtungen auf die Hälfte dessen, was Ende 2003 da war, zurückgefahren worden – und das, obwohl bereits im Jahr 2009 die Asylbewerberzahlen wieder signifikant angestiegen sind. Man hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt – man hat sie ignoriert. Heute stehen wir vor den nachteiligen Folgen für die Diskussionen über Zuwanderung und vor deren finanziellen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen.

*Martina Blasberg-Kuhnke:* Frau Asboe, Sie haben in Ihren Stellungnahmen immer wieder auch auf sprachliche Fehlleistungen im Diskurs über Zuwanderung hingewiesen, auf eine Panikrhetorik, auf eine Katastrophenrhetorik. Es heißt, das Boot sei voll, wir würden von Flüchtlingen überschwemmt, Flüchtlinge kämen als Ströme oder Fluten ins Land. Was trägt solche Katastrophenrhetorik dazu bei, dass es nicht gelingt, die Ergebnisse der Wissenschaft auch bis in das Bewusstsein der Bevölkerung gelangen zu lassen?

*Karin Asboe:* Die Folgen davon sind z.B. gerade in Sachsen zu besichtigen: Die dortige Landesregierung hat sich in den letzten 20 Jahren nicht bemüht, der Bevölkerung ein differenziertes Bild zu vermitteln. Das betrifft das Verhältnis zum Islam, zu Fremden, die überhaupt nur in geringer Zahl dort vorhanden sind, aber auch zu allen übrigen, die irgendwie anders sind. Das hat dazu beigetragen, dass rechtsradikale Bewegungen immer breiter und aggressiver werden konnten und sich kaum ein Landespolitiker dagegengestellt hat. Wenn demokratische Bewohner, die versucht haben, der Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten, aus ihren Wohnorten verjagt werden, dann wird es Zeit, dass sich der Landesvater, als der er sich selber gerne sieht, dazu äußert und nicht nur betroffen davorsteht. Ich finde, da kann Politik eine ganze Menge machen, kann Signale setzen.

*Publikum:* Ich bin hier mit zwei jungen Flüchtlingsfrauen aus dem Landkreis Osnabrück. Beide sind schon längere Zeit hier, 10 bzw. 18 Monate. Auf dem Land ist die Unterbringung oft sehr problematisch, weil die

Flüchtlinge verkehrstechnisch ziemlich abgeschnitten sind, etwa von einem Integrationskurs. In manchen Orten gibt es keine Lebensmittelgeschäfte mehr. Die jungen Leute wollen gern etwas machen, wollen Deutsch lernen, stehen aber vor unüberwindlichen Hürden. Abendliche Kurse können sie nicht wahrnehmen, weil sie auf die Schulbusse angewiesen sind, die nur morgens und mittags fahren. Das trägt nicht zur Integration bei und ist auch psychisch nicht leicht zu verkraften.

*Boris Pistorius:* Solche Situationen kennen wir auch aus den 1990er Jahren, und wir wollen sie eigentlich vermeiden. Ein Riesenproblem allerdings, das noch gar nicht angesprochen wurde, ist die große Zahl unbearbeiteter Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

In vielen Städten, aber zunehmend auch in den Gemeinden und Dörfern gibt es nun massive Probleme, was die Unterbringungskapazitäten angeht. Wohnungen sind nicht innerhalb weniger Monate aus dem Boden zu stampfen, und auch Grundstücke stehen nicht sofort zur Verfügung. Die Kommunen und die Landkreise, die die Zuweisungen an die Gemeinden vornehmen, haben wenig Spielraum. Sie müssen die bestehenden Unterkünfte nehmen, damit die Leute überhaupt ein Dach über dem Kopf haben. Hinzu kommt, dass es zwischen der Ankündigung, dass Flüchtlinge kommen, und der Ankunft selbst nur einen zeitlichen Vorlauf von drei bis vier Wochen gibt. Für die geschilderten, höchst unbefriedigenden Situationen gibt es keine einfachen Lösungen, denn auch mit Fahrdiensten wäre das Problem nicht gelöst. Wir müssen schnell dafür sorgen, dass Sprachkurse dezentral vorgehalten und durchgeführt werden, damit möglichst schnell die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass diese Menschen sich eine eigene Existenz aufbauen können und die dezentralen Unterbringungen verlassen.

Wir müssen die Flüchtlinge schnellstmöglich in diese eigene Existenz- aufbauphase bringen. Solange uns das nicht vernünftig gelingt, wird es bei den angesprochenen Problemen bleiben, bei gleichzeitiger Verschärfung der Unterbringungsfrage. Leider ist das nicht ohne Weiteres zu realisieren, schon gar nicht per Verordnung an die Bürgermeister, ihre Zuwanderer nur noch in der Ortsmitte unterzubringen, damit sie ihren Integrationskurs zu Fuß erreichen können. Das würde nicht funktionieren.

*Jochen Oltmer:* Es wird ja diskutiert, ob der *Königsteiner Schlüssel*, der festlegt, wie die einzelnen Bundesländer an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind und nach dem derzeit auch die Zuwanderer verteilt werden, durch einen besser geeigneten Verteilungsmechanismus abgelöst

werden soll. Es spricht viel dafür, von diesen Regelungen abzugehen und z.B. auch zu berücksichtigen, wo schon Verwandte oder Bekannte der Flüchtlinge in Deutschland leben, sodass jenseits von Unterbringungszuweisungen auch andere Möglichkeiten der Unterkunft bestünden. Andererseits sorgte der Königsteiner Schlüssel bisher dafür, dass es über einen längeren Zeitraum eben *keine* erheblichen Diskussionen zwischen den Bundesländern über die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge gegeben hat, sondern eindeutige formale Regelungen. Auf EU-Ebene wird jetzt über Verteilungsschlüssel nachgedacht – durchaus dem Beispiel des Königsteiner Schlüssels folgend. Ich meine: Weniger die Abschaffung dieses Instruments als vielmehr die Möglichkeit, es flexibler zu nutzen, könnte weiterhelfen.

*Karin Asboe:* Der Königsteiner Schlüssel ist kein gutes Instrument, denn er berücksichtigt nicht Beziehungen, die Flüchtlinge zu einzelnen Communities, Städten oder Ländern haben. Und es macht allen Beteiligten viel Mühe, einmal gemachte Zuweisungen rückgängig zu machen, wenn es z.B. darum geht, für eine Patientin eine Behandlungsmöglichkeit in einer anderen Stadt wahrzunehmen oder ein verwandtschaftliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Die Unterbringung der Flüchtlinge sollte nach Möglichkeit in Wohnungen erfolgen, das haben inzwischen immer mehr Städte erkannt. Nichtregierungsorganisationen können hier mit einer Art Umzugsmanagement beauftragt werden, dafür gibt es Beispiele in Leverkusen, Köln und anderen Städte. Es hat sich gezeigt, dass sich das rechnet, weil es preiswerter ist, Flüchtlinge in privaten Wohnungen unterzubringen, und sich sogar ein Berater, der dabei hilft, lohnt. Flüchtlinge irgendwo in Außenbereichen unterzubringen, ist hochproblematisch – dass dort irgendwann ein Brandsturz fliegt, ist fast vorprogrammiert.

*Publikum:* Wenn man täglich mit Geflüchteten Kontakt hat, mit ihnen spricht, dann weiß man, dass es hier in dieser Stadt unglaublich viele Probleme gibt, unglaublich viel strukturelle Diskriminierung und Leid. Das geht in den bisherigen Lobreden völlig unter.

*Publikum:* Wenn wir Flüchtlingen aus den Balkanländern *pauschal* die Asylberechtigung absprechen und mit teilweise militärischen Mitteln Zugangswege nach Europa versperren, bleiben bedauernde Worte leider bedeutungslos. Es mag sein, dass die Welt versagt hat, aber das ist sehr abstrakt. Es sind bestimmte politische und ökonomische Systeme, die diese Verhältnisse produziert haben. Europa trägt hier eine Verantwortung, die bisher nicht eingelöst wurde.

*Boris Pistorius:* Als Landesinnenminister eines SPD-geführten Bundeslandes habe ich im parlamentarischen Verfahren Einfluss zu nehmen versucht auf bestimmte gesetzliche Regelungen, z.B. dagegen, dass ein Abschiebegrund darin gesehen wird, wenn ein Asylbewerber erhebliche Beträge an einen Schleuser gezahlt hat. Es ist uns teilweise gelungen, die Bleiberechtsregelung zu erweitern. Und wenn mir auch die Abschiebehafregelung noch so sehr missfällt – ich habe zu akzeptieren, dass sie am Ende demokratisch legitimiert zustande kommt. Und dann ist es im Zweifel Aufgabe der Gerichte, das zu überprüfen.

Wir sind uns doch in den meisten Punkten, jedenfalls im Grundsatz, einig hinsichtlich der Frage: Was bedeutet eigentlich Flüchtlingselend? Wer macht sich auf den Weg? Welche Verpflichtung haben wir, den Menschen zu helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten?

Aber wir müssen auch ehrlich mit uns selbst sein. Nicht überall regieren Zuversicht und Optimismus, auch in Deutschland nicht. Und es gibt Menschen, die haben Angst vor Fremden. Das klingt für manche absurd, und wir müssen uns dagegen wenden, aber doch nicht, indem wir sagen: Alle Probleme dieser Welt werden wir jetzt in Deutschland lösen, ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten der deutschen Bevölkerung, das zu fassen. Wir brauchen auch Behutsamkeit und einen langen Atem. Jeder, der den Menschen etwas überstülpen will, wird am Ende kläglich scheitern und schlimmere Ergebnisse bekommen, als er sich hat träumen lassen.

Deswegen sage ich: Lasst uns diskutieren, lasst uns um die Wege streiten, lasst uns demokratische Mehrheiten organisieren, aber nicht diejenigen beschimpfen oder diffamieren, die sich bemühen, etwas besser zu machen. Wem das nicht gefällt, der muss ein anderes System finden. Das gilt im Übrigen genauso für die Frage der *Verteilung* von Flüchtlingen. Ich höre immer wieder: Dublin III taugt nichts. Ja, das stimmt. Aber was setzen wir an die Stelle von Dublin III? Sagen wir, jeder soll hingehen können, wo er will, ganz egal, was das für die jeweiligen Gesellschaften bedeutet? Dann möchte ich die Bürger dazu in zehn Jahren hören, wenn Situationen eingetreten sind, wie wir sie uns nicht vorstellen können. Etwas mehr Realismus wäre bisweilen wirklich hilfreich.

*Karin Asboe:* Dass Dublin III nicht funktioniert, räumen inzwischen auch die Bundesregierung oder das Bundesinnenministerium ein. Eine ganze Reihe von Organisationen wie Pro Asyl, Diakonisches Werk, Rotes Kreuz, Neue Richtervereinigung und andere, die gemeinsam das Memorandum für den Flüchtlingsschutz formuliert haben, fordern darin neue Denkansätze. Es gibt nicht *einen* Weg, es gibt mehrere. Ein wichtiger Schritt besteht darin, den Flüchtling zu Beginn seines Verfahrens zu fragen, wohin er

möchte. Es muss sicher weitere Instrumente geben, etwa ein *resettlement*-Programm, das den Namen verdient. Und es muss auch außerhalb des ›Flaschenhalses Asyl‹ legale Wege nach Europa geben. Darüber hinaus muss geltend gemacht werden, dass jemand, der in *einem* europäischen Land als Flüchtling anerkannt ist, Freizügigkeit in der EU genießt. Es kann nicht sein, dass die Ablehnung eines Asylgesuchs europaweit gegenseitig anerkannt wird, nicht aber eine Anerkennung als Asylberechtigter!

Interessant ist hier ein Blick nach Mexiko und in die USA: solange die Grenze zwischen beiden Ländern *nicht* geschlossen war, ging die Migration hin und her. Die Menschen konnten, wenn sie den Zweck ihrer Reise in die USA erfüllt hatten, wieder zurück. Das sieht das Asylrecht nicht vor, d.h. wer einmal diese Grenze überwunden hat, darf nicht zurück, ohne seinen Status zu verlieren, sondern muss bleiben. Wäre dies anders geregelt, könnte mit geringeren Zahlen von dauerhaft bleibenden Flüchtlingen in Europa gerechnet werden.

*Jochen Oltmer*: Der Hinweis darauf, Freizügigkeit innerhalb der EU sei auch für Flüchtlinge nötig, ist sehr berechtigt. Derzeit stehen die Chancen dafür auf europäischer Ebene allerdings nicht gut, im Gegenteil: Man hat den Eindruck, dass eher versucht wird, mit einer Verschlechterung der Lebenssituation und verringerten Möglichkeiten des Zugangs zu den jeweiligen Territorien zu verhindern, dass Flüchtlinge kommen. In vielen Ländern haben jetzt – wie auch bei uns – Abwehrmechanismen einen hohen Stellenwert, verbunden mit Wunschvorstellungen über Steuerungsmöglichkeiten der Zuwanderung. Man meint, diese in den Griff zu bekommen, wenn es denn eine ›effektive Überwachung‹ des Mittelmeers gibt. Dann seien die ›Probleme‹ lösbar, und beim BAMF könne man darauf verzichten, mehr Mitarbeiter einzustellen.

Am Beispiel Mexiko hat die Migrationsforschung zum weltweiten Wanderungsgeschehen feststellen können, dass die Zuwanderung vom globalen Süden in den globalen Norden in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen hat. Die Vorstellung, es seien immer mehr Menschen in Richtung auf die reichen Staaten unterwegs, ist irrig. Seit zehn Jahren gibt es eine sehr starke Abnahme dieser Bewegung. Die Prognosen der Vereinten Nationen weisen darauf hin, dass sich diese Bewegung in den kommenden Jahren weiter abschwächen wird. Dabei spielen Aspekte eine Rolle, die kaum berücksichtigt werden. Zwar fällt in der Debatte immer wieder der Begriff der *Armutsmigration*, während die Migrationsforschung in jeder ihrer Untersuchungen feststellt, dass Armut Migration *verhindert* oder wenigstens stark *behindert*. Oft wird der Eindruck erweckt, die Weltbevölkerung sei ständig in Bewegung. Der Blick auf die konkreten

Zahlen zeigt aber eine relativ geringe Migration an, und besonders gering ist sie zwischen den wenig entwickelten und den entwickelten Staaten.

In der Vergangenheit hat es nur wenig Migration zwischen Afrika und Europa gegeben, deshalb existieren nur wenige Netzwerke, über die Migration im Regelfall verläuft. Es spricht tatsächlich manches dafür zu fragen: Brauchen wir eigentlich Grenzkontrollen?

*Boris Pistorius:* Ich halte es für falsch, neue Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums einzuführen. Dass es gegenwärtig keine geregelte Zuwanderungsmöglichkeit nach Europa gibt, ist allerdings ein Problem. Wir haben das Asylrecht für die politisch Verfolgten, und wir fassen derzeit auch die Bürgerkriegsflüchtlinge darunter. Wenn nun auch alle anderen, die ins Land kommen, keinen anderen Weg haben als den über das Asylgesuch, dann ist das eine Sackgasse, sobald die Behörden feststellen, dass kein Asylgrund gegeben ist. Dann stecken diese Menschen über Monate im System fest. Nun könnten wir doch sagen: »Ihr habt eine Qualifikation. Ihr seid doch nach Deutschland gekommen, weil ihr hier arbeiten wollt«. Wir könnten ihnen einen Ausweg aus dem Asylsystem öffnen. Das geschieht aber nicht, im Gegenteil, wir schließen sie aus: Wer einmal einen Asylantrag gestellt hat, der abgelehnt wurde, hat keine Chance mehr auf einen legalen Aufenthalt in Deutschland. Stattdessen sollten wir einen legalen Weg öffnen, der qualifizierten Zuwanderern die Chance gibt, in Deutschland zu arbeiten und nach zwei Jahren einen unbefristeten Aufenthaltsstatus zu erhalten. Das Asylsystem ist derzeit der einzige Zugang und derzeit stark ausgelastet. Menschen werden in ein Verfahren genötigt, in dem sie nichts verloren haben, unglücklich werden und am Ende, nach viel zu langer, verpasster Lebenszeit und völlig mittellos in ihre Herkunftsstaaten zurückmüssen. Diese Probleme sind nicht durch Änderungen am Asylrecht zu lösen, sondern mit einer vernünftigen Zuwanderungsregelung zu beantworten.

*Publikum:* Migration ist ein Grundphänomen menschlicher Existenz, das uns neben Geburt und Tod am meisten bewegt, und in diesen Kontext gehört leider auch die Fremdenfeindlichkeit. In Deutschland wie in ganz Europa wird seit Jahrzehnten fast unverändert ein Bevölkerungsanteil von 30% festgestellt, der fremdenfeindlichen Positionen zustimmt. Offenbar sind sowohl unsere Aufklärungsmöglichkeiten als auch die der Politik begrenzt. Wie kann man in der Schule, über Bildung, über Hochschulen der Xenophobie wirkungsvoll entgegenwirken?

*Publikum:* Wie beurteilen Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl die Lage in den sogenannten ›sicheren Herkunftsländern‹?

*Publikum:* Für die Flüchtlinge aus Syrien gilt, dass sie unter normalen Umständen keine Veranlassung gesehen hätten, nach Deutschland oder Europa zu kommen. Und auch jetzt, unter den Bedingungen der Kriegshandlungen dort, sind vor allem der Libanon, Jordanien und die Türkei das Ziel der Flüchtenden. Nur ein Vergleich: Die Anzahl der syrischen Flüchtlinge in Jordanien ist mittlerweile so hoch, dass Deutschland in Relation dazu 18 Millionen von ihnen aufnehmen müsste! Für diese Misere



Martina Blasberg-Kuhnke, Boris Pistorius, Karin Asboe

ist nicht nur die Kolonialpolitik der Länder Westeuropas verantwortlich, sondern auch die Tatsache, dass der Konflikt durch Waffenlieferungen aus interessierten Staaten so lange genährt wird. Diesen Waffexporteuren muss das Handwerk gelegt werden.

*Publikum:* Herr Pistorius, Sie haben in die Innenministerkonferenz ein beschleunigtes Asylverfahren für Geflüchtete aus dem Kosovo eingebracht, das diesen pauschal ein Recht auf Asyl abspricht. Kritiker haben darauf hingewiesen, dass einzelne Fluchtgründe, die für sich allein genommen noch keine Verfolgung darstellen, sich kumulativ sehr wohl zu politischer Verfolgung im Sinne des Völkerrechts verdichten können.

*Karin Asboe:* Zur Frage, wie man Fremdenfeindlichkeit wirksam begegnen kann, gibt es kein Patentrezept. Aber das Beste ist Begegnung und Kennenlernen. In Köln, wo seit Jahrzehnten türkische Gastarbeiter bei Ford arbeiten, die inzwischen zu Köln gehören, ist die Situation anders als in Dresden, wo es bis 1989 allenfalls stark isolierte Gruppen von Vietnamesen und Angolanern gab, mit denen Begegnungen quasi verboten waren. Das

Rezept ›Begegnung‹ verkehrt sich natürlich ins Gegenteil, wenn man Zuwanderer in menschenleeren Gegenden ansiedelt oder in so großer Zahl in eine kleine Kommune, dass kein Kennenlernen stattfinden kann, sondern das Gefühl der Bedrohung entsteht.

Kosovo ist kein sicheres Herkunftsland. Das KFOR-Mandat für Kosovo ist gerade verlängert worden, auch das ist ein Indikator dafür. Selbstverständlich sind nicht alle Menschen, die aus dem Kosovo kommen, asylberechtigt. Es muss aber eine faire Prüfung stattfinden, ob etwa kumulative Fluchtgründe bestanden haben. In Nordrhein-Westfalen geschieht es leider, dass Flüchtlinge aus dem Kosovo in bestimmten Aufnahmeeinrichtungen, oft genug in Notunterkünften, quasi separiert werden von anderen, und dort findet keine Beratung statt. Es werden ihnen oftmals weder Informationen über das Verfahren, noch über den Stand des Verfahrens, noch über die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr gegeben. Ein solches ›beschleunigtes Verfahren‹ bedeutet eine drastische Einschränkung der Rechte der Asylbewerber, die auch Information und Begleitung brauchen.

Die Diskussion um die sogenannten sicheren Herkunftsländer ist auch deshalb problematisch, weil diese Feststellung ausschließlich mit Bezug auf das Kriterium ›politische Verfolgung‹ erfolgt. Das ist aber eine überholte Formulierung, denn das Asylrecht geht heute weiter, was mögliche Asylgründe angeht.

Das aktuell zur Beschlussfassung anstehende Gesetz zur Asylrechtsverschärfung bedeutet eine erneute Kriminalisierung von Flüchtlingen, und alle guten Ansätze zum Bleiberecht und zur Integration von Flüchtlingen in der Gesellschaft werden damit zunichtegemacht.

*Boris Pistorius:* Ich gehörte tatsächlich zu den Initiatoren eines beschleunigten Verfahrens für Asylbewerber aus dem Kosovo. Dies ist aber nicht zu verwechseln mit dem Verfahren bei sicheren Herkunftsstaaten. Den Hintergrund dieser Initiative bildet vielmehr der Bearbeitungsstau beim BAMF. Wir wollen den Bund dazu bewegen, diese Verfahren zu beschleunigen, damit die Menschen schnell Klarheit haben, insbesondere diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, weil sie einen Asylgrund haben. Vorrang sollen zunächst Menschen aus Syrien und dem Irak haben, deren Fälle bevorzugt geprüft werden, damit sie schnell Klarheit haben und schnell einen Status bekommen. Bei den Kosovaren gilt dies mit umgekehrtem Vorzeichen. Deren Anerkennungsquote ist äußerst gering, und das gilt auch für andere Balkanstaaten. In einem normalen, lange dauernden Verfahren würden wir die Situation der Menschen verschlechtern, weil sie nicht drei Wochen oder drei Monate, sondern zehn Monate oder länger in Deutschland sind, nicht auf die Füße kommen und dann doch abgeschot-

ben werden, weil sie am Ende nicht anerkannt werden. Da ist es am Ende für die Menschen eher zumutbar, schnell Klarheit zu haben. Es geht nicht darum, die Verfahren rechtlich abzukürzen, sondern zu beschleunigen. Wir müssen das System Asyl intakt halten und weiter ertüchtigen, damit wir denjenigen, die vor den schlimmsten Nöten dieser Welt fliehen, Sicherheit bieten können. Das geht nur, wenn das System leistungsfähig bleibt.

Nun noch zu einer anderen Frage: Wie nimmt man den Menschen die Fremdenangst? Eine jüngere britische Studie hat noch einmal überzeugend dargelegt, dass überall dort, wo Menschen regelmäßig mit Menschen anderer Herkunft zusammenkommen oder sogar zusammenleben, die gegenseitigen Vorurteile deutlich geringer und weniger ausgeprägt sind. Das ist eigentlich eine Binsenweisheit: Wo man sich kennt und kennengelernt hat, da gibt es keine Vorurteile mehr, da gibt es nur Urteile. Alle Industriestädte mit hoher ›Gastarbeiter‹-Zuwanderung in den 1960er und 1970er Jahren kommen damit heute besser klar als die Städte, in denen das nicht so war. Osnabrück ist das beste Beispiel. Wir müssen die Menschen zusammenbringen und Ängste abbauen, aber das geht nicht per Erlass oder per Gesetz. Wenn wir uns selbstkritisch hinterfragen, hat doch jeder von uns, der eine mehr, der andere weniger, Angst vor etwas Fremdem. Das ist normal, ein Instinkt. Entscheidend ist doch, wie der Verstand diese irrationalen Ängste verarbeitet. Dazu müssen wir Hilfestellung leisten, durch vorbildliche Arbeit, Aufklärung und verbale Abrüstung. Wenn wir nicht erklären können, was wir tun, schüren wir Ängste, und das darf nicht passieren.

*Jochen Oltmer:* Auch ich bin der Ansicht, dass gegen Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie, Aufklärung, Vermittlung von Kenntnissen und Wissen, auch über die Universitäten, helfen kann, auch wenn der Weg nicht immer einfach ist. Beispielhaft gescheitert ist leider der von uns unterstützte Versuch, im Kerncurriculum des Faches Geschichte in der gymnasialen Oberstufe das Thema Migration zu stärken und ein Modul Migrationsgeschichte einzubauen – in der Erkenntnis, dass solche Perspektiven einen Beitrag leisten können, eben auch Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Der damit befasste Landtagsausschuss war der Auffassung, das sei kein Thema für den niedersächsischen Geschichtsunterricht.

In Osnabrück wird zwar relativ viel über Flüchtlinge, Asyl, Schutzsuche diskutiert und berichtet, gleichzeitig aber liegt die Forschung über Gewaltmigration in Deutschland sehr im Argen. Eine gegenwartsorientierte, vernetzte Flüchtlingsforschung steht noch ganz am Anfang, was erstaunlich ist angesichts der Tatsache, dass es in den 1950er und 1960er Jahren

eine starke, auf deutsche Flüchtlinge und Vertriebene bezogene Flüchtlingsforschung gegeben hat.

Unsere Universitäten sollten die Chance ergreifen, Ansätze zu einer interdisziplinären und gegenseitig sich informierenden Flüchtlingsforschung zu stärken. *Claus Leggewie* machte unlängst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* den Vorschlag, dass die Universitäten insgesamt noch stärker versuchen sollten, vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen, auf Flüchtlinge vor Ort zuzugehen. Es gibt bereits sehr viel Engagement, in Osnabrück vor allem vonseiten der Studierenden. Die Universitäten selbst sollten mit Beratungs- und spezifischen Bildungsangeboten auf Flüchtlinge zugehen. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunftsfähigkeit dieser und anderer Universitäten.

*Martina Blasberg-Kuhnke*: Mit der Aufforderung, auf die Flüchtlinge, auf die Menschen, zuzugehen, schließt sich der Kreis unseres Gesprächs. Im Wirken gegen Fremdenfeindlichkeit und zum Umgang mit den angesprochenen Problemen müssen wir auch die Situation in Osnabrück ernst nehmen und das Unsere hier vor Ort tun. Das allein reicht aber sicher nicht aus. Wir haben gemeinsam die Aufgabe, dass Menschen, die geflüchtet sind, Menschen, die alles aufgeben mussten, was ihnen wichtig ist, bei uns mit ihren je einzelnen Schicksalen und Bedürfnissen Wahrnehmung und Anerkennung erfahren.